



Aus dem
Steiermärkischen
Landtag

AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG

KPÖ bringt Gesetz für

EU-Kritik im Landtag

Der Landtag diskutierte über den Stand der Europäischen Integration. Mit dabei die EU-Abgeordneten Hella Ranner (ÖVP) und Jörg Leichtfried (SPÖ). Renate Pacher (KPÖ) nutzte die Debatte, um einmal mehr auf die für die Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellten und Pensionistinnen und Pensionisten teils katastrophalen Folgen der EU hinzuweisen: „Während die Gewinne der ATX-Konzerne seit dem EU-Beitritt um 380 Prozent gestiegen sind, ist die Lohnquote von 62 auf 55 Prozent zurückgegangen. Die arbeitenden Menschen bekommen für ihre Arbeit immer weniger.“

Nun habe man 750 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um den Euro zu retten. Pacher: „Die Gewinne werden geschützt, die Bevölkerung blutet.“ Innerhalb der EU, so Pacher, sei eine Abkehr von dieser Politik nicht möglich. Deshalb müsse die Austrittsforderung wieder auf die Tagesordnung gestellt werden.

Privater Friedhof in Konkurs?

Einzig gegen die Stimmen der KPÖ beschloss der Landtag eine Änderung des **Leichenbestattungsgesetzes**. Auf Druck der EU können nun auch private Bestattungsunternehmen Friedhöfe betreiben. Bisher war das der öffentlichen Hand und Kirchen vorbehalten. Ernest Kaltenecker (KPÖ): „Der Friedhofsbereich sollte nicht in private Hände kommen. Was passiert mit einem Friedhof, wenn der private Betreiber Konkurs macht?“

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ – Claudia Klimt-Weithaler,
Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder
E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Die KPÖ setzt sich seit Jahren dafür ein, dass die ESTAG für Haushalte billigeren Strom anbietet. Sie hat dazu im Landtag mehrere dringliche Anfragen eingebracht. Es wurden Beschlüsse gefasst, die Strompreiserhöhungen zurückzunehmen.

Landeshauptmann Voves Lignoriert als Eigentümervertreter der Energie Steiermark AG (ESTAG) die Beschlüsse des Landtags zur Strompreissenkung und redet sich auf das Aktienrecht aus. Die KPÖ hat deshalb im Landtag ein Gesetz eingebracht, um die Struktur der ESTAG so zu ändern, dass der Landtag wieder Herr im eigenen Unternehmen wird.

Werner Murgg (KPÖ): „Unser Vorschlag hat zwei Ziele: Die Verwaltung und Kontrolle des Landesanteils an der ESTAG wird direkt dem Landtag unterstellt. Die ESTAG wird verpflichtet, für steirische Haushaltskunden einen billigen Steiermark-Tarif anzubieten.“ Der Steiermark-Tarif solle ein Non-Profit-Tarif sein. Die KPÖ-Initiative wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Die Grünen unterstützten den Antrag.

Erhalt der Landesspitäler

In der Landtagssitzung im Juni stand der Landesrechnungshofbericht zum Neubau des Diakonissenkrankenhauses Schladming auf der Tagesordnung. Das Krankenhaus wurde als Private-Public-Partnership-Modell (PPP-Modell) unter Beteiligung Privater errichtet. Die ÖVP stößt sich an der Art des PPP-Modells, das dem größten Gesellschafter, der Vamed,

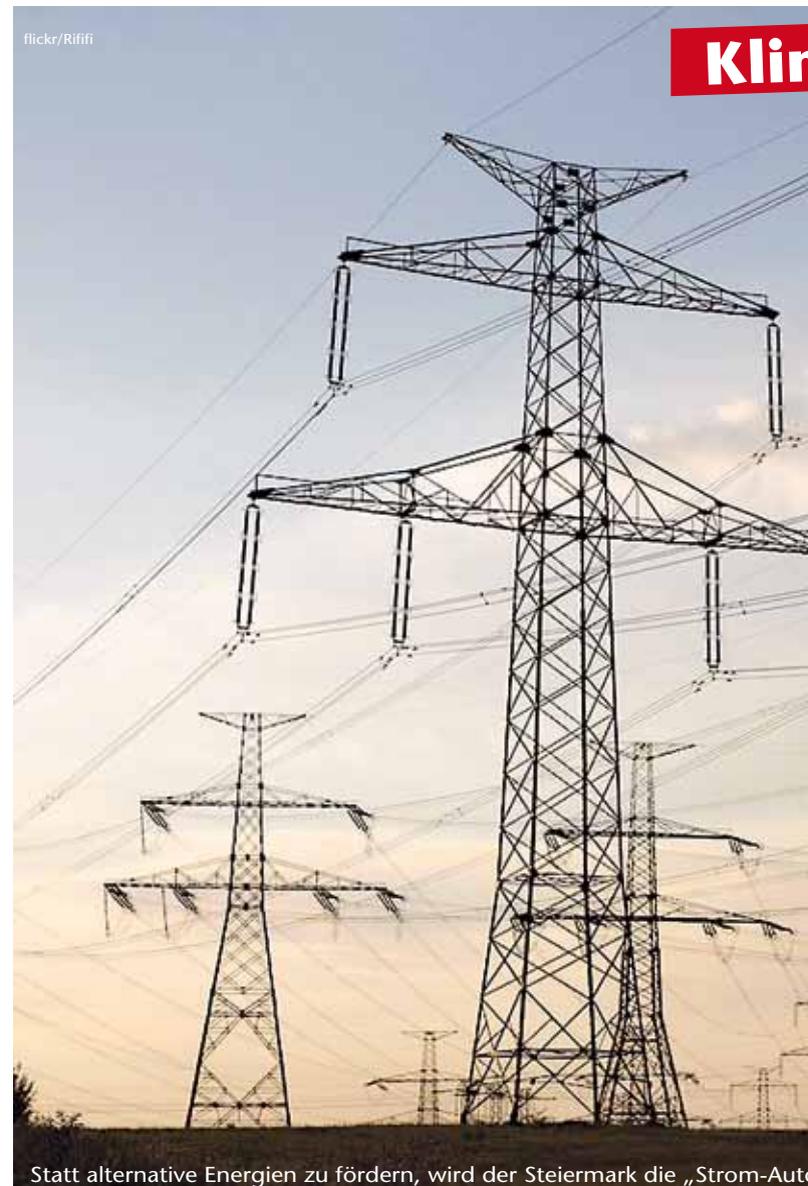
Extraprofite garantiert hätte. Werner Murgg (KPÖ) erinnerte daran, dass die KPÖ bereits vor Jahren im Landtag eine Enquete über die Sinnhaftigkeit von PPP-Modellen gefordert habe, was von SPÖ und ÖVP abgelehnt worden sei. Murgg: „Heute kommen auch ÖVP und SPÖ drauf, dass PPP-Modelle nicht das Gelbe vom Ei sind.“

Weil unlängst aus Kreisen der Bundes-SPÖ die Forderung erhoben wurde, kleinere Spitäler zu schließen, forderte Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ)

ein klares Bekenntnis des steirischen Landtages zum Erhalt aller Landesspitäler und brachte einen dahingehenden Antrag ein. Dieser wurde einstimmig verabschiedet.

Endlich gibt es Geld für die Pflegeeltern

In der Steiermark gibt es über 450 Pflegeplätze bei Pflegeeltern. Diese waren bisher weder sozialversicherungsrechtlich abgesichert noch wurden sie gerecht bezahlt. Auf Druck der KPÖ hat der Landtag



flickr/Riffi

Klin

Statt alternative Energien zu fördern, wird der Steiermark die „Strom-Auto